

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 17/11783 –

Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 4. Dezember 2012

Bericht der Abgeordneten Norbert Barthle, Klaus Brandner, Dr. h. c. Jürgen Koppelin, Michael Leutert und Priska Hinz (Herborn)

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, dem von der Bundesregierung am 6. Dezember 2012 beschlossenen Antrag auf Grundlage des Ersuchens der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) zur Entsendung deutscher bewaffneter Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO in der Türkei zuzustimmen. Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange der Beschluss des Nordatlantikrates zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO in der Türkei, ein Ersuchen der Türkei und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen.

Das Mandat ist bis zum 31. Januar 2014 befristet.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die deutsche Beteiligung zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO in der Türkei werden sich für den Zeitraum 15. Dezember 2012 bis 31. Januar 2014 mit bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten auf insgesamt rund 25,1 Mio. Euro belaufen.

Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2012 rund 0,5 Mio. Euro, auf das Haushaltsjahr 2013 rund 21 Mio. Euro und auf das Haushaltsjahr 2014 rund 3,6 Mio. Euro. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 werden aus den Ansätzen des Einzelplans 14 des Bundeshaushalts bestritten. Für die einsatzbedingten Zusatzausgaben im Haushaltsjahr 2014 wird im Rahmen der Aufstellung des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2014 im Einzelplan 14 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag der Bundesregierung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass der federführende Auswärtige Ausschuss keine Änderungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen empfiehlt.

Berlin, den 12. Dezember 2012

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Norbert Barthle
Berichterstatter

Klaus Brandner
Berichterstatter

Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

